

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Fünf Fragen aus Sicht der Tierärzteschaft gestellt von der Bundestierärztekammer e. V.

Anlässlich der Europawahl am 09.06.2024 hat die BTK fünf Fragen zu einigen aus Sicht der Tiermedizin derzeit relevanten Themen an die Fraktionen des EU-Parlaments gestellt. Aufgrund der langen Bearbeitungszeit haben es nicht alle Fraktionen geschafft, ihre Antworten bis zum Redaktionsschluss zurückzusenden. Die zum 08.05.2024 vorliegenden Antworten sind im DTBI. 6/2024, S. 711–713 abgedruckt. In diesem Dokument sind diese durch alle später eingehenden Antworten ergänzt, was regelmäßig aktualisiert wird. (Stand: 03.06.2024)

Die Parteien sind in alphabetischer Reihe angeordnet.

	<i>EU-weit einheitliche Tierhaltungsstandards: Werden Sie sich für die Schaffung EU-weit einheitlicher Richtlinien für die Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren einsetzen, damit eine Verbesserung des Tierschutzes unter gleichen Wettbewerbsbedingungen stattfindet?</i>	<i>Tierärztliche Bestandsbetreuung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU-Kommission von der Ermächtigungsgrundlage in Art. 25 Animal Health Law (AHL) Gebrauch macht und in einem nachgeordneten Rechtsakt EU-weit einheitliche Mindeststandards für die geforderten Tiergesundheitsbesuche festlegt?</i>	<i>Ausstieg aus der chirurgischen Ferkelkastration: Werden Sie sich für das Ende der chirurgischen Ferkelkastration zugunsten der Impfung gegen Ebergeruch einsetzen und durch Korrektur der Fehleinschätzung der KOM (2018) die Impfung gegen Ebergeruch auch in ökologisch geführten Betrieben ermöglichen?</i>
Bündnis90/ Die Grünen	Die derzeitige EU-Tierschutzgesetzgebung entspricht weder unter ethischen Gesichtspunkten noch nach dem wissenschaftlichen Kenntnisstand den Bedürfnissen der jeweiligen Tierarten nach geeigneter Unterbringung, Pflege sowie der Möglichkeit zu artgemäßer Bewegung. Wir fordern daher die Kommission auf, schnellstmöglich ihre Vorschläge zur umfassenden Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung vorzulegen. Dazu zählt auch die Anpassung der Richtlinie über den Schutz von landwirtschaftlichen Nutztieren und das Ende der Käfighaltung bis 2027. EU-Standards sollen auch für importierte Produkte gelten. In Handelsabkommen setzen wir uns daher für hohe Tierschutzstandards ein.	Tierärztliche Bestandsbetreuung ist von großer Bedeutung, da sie ein prophylaktisches Instrument zur Gesunderhaltung der Tiere ist. Ein wichtiger Aspekt ist bspw. die Festlegung von Mindestkontrollintervallen der Betriebe durch die Tierärzt:innen. Die Verbesserung der Tiergesundheit und des Tierschutzes, aber auch die Optimierung des Betriebserfolgs sind Konsequenzen einer adäquaten tierärztlichen Bestandsbetreuung – eine für alle Seiten lohnende Situation. In diesem Zusammenhang ist es darüber hinaus wichtig, Tiergesundheits- und Tierschutzindikatoren für die Durchführung betrieblicher Eigenkontrollen zu definieren, um überbetriebliche Vergleiche ziehen zu können. Dies erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und parallel die Transparenz für die Verbraucher:innen. Die Festlegung einheitlicher Mindeststandards in der EU unterstützen wir deshalb.	Wir werden uns für eine Korrektur dieser Fehleinschätzung einsetzen, denn die Immunokastration zur Vermeidung des Ebergeruchs ohne die chirurgische Entfernung der Hoden hat sich seit mehreren Jahrzehnten bewährt. Das Präparat hat eine Wartezeit von null Tagen, sodass das geimpfte Tier unmittelbar nach der Impfung geschlachtet werden kann und das Fleisch für den sofortigen menschlichen Verzehr geeignet ist. Die gesundheitliche Unbedenklichkeit des Fleisches von geimpften Ebern ist u. a. von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) bestätigt worden. Wir gehen somit davon aus, dass die Verbraucher:innen bei entsprechender Aufklärung diese tierschonende Methode auch begrüßen würden. Denn bei der Jungebermast mit Impfung bezahlt das Tier den geringsten Preis.

Bündnis Deutschland	Unsere Tierschutzpolitik beruht auf einer ganzheitlichen Vision, die das Wohl der Tiere, den Erhalt der Biodiversität und die Sensibilisierung der Gesellschaft für Tierschutzfragen miteinander verbindet. Wir glauben fest daran, dass Europa eine Vorreiterrolle im Tierschutz einnehmen kann und sollte, und setzen uns dafür ein, dieses Ziel zu erreichen. Wir plädieren daher dafür, dass hohe Tierwohlstandards europaweit einheitlich gelten müssen. Außerdem müssen alle Importprodukte so bepreist werden, dass sich durch weniger strenge Regeln in anderen Wirtschaftsräumen keinerlei Wettbewerbsnachteil für unsere heimische Landwirtschaft ergibt.	Bündnis Deutschland setzt sich für einheitliche Mindeststandards für den Tierschutz in der EU ein. Von zentraler Bedeutung ist dabei neben dem Tierwohl auch die Abwendung von Wettbewerbsnachteilen für die heimische Landwirtschaft. Strengere Regeln für Importe aus Nicht-EU-Staaten wären daher eine wichtige Stütze bei der Etablierung einheitlicher Mindeststandards für Tiergesundheitsbesuche.	Die derzeitige Datenlage rechtfertigt aus unserer Sicht eine Freigabe der Impfung gegen Ebergeruch auch für ökologisch geführte Betriebe.
CDU/CSU	Wir wollen den Tierschutz in Europa mit einheitlichen, hohen Tierschutzstandards weiterentwickeln. Nur so kann es zu tatsächlichen Verbesserungen des Tierschutzes kommen und nicht nur zu einer Verlagerung von Tierschutzproblemen in andere Länder und zur Schwächung unserer Tierhaltungsbetriebe in Deutschland.	Für Landwirte und Verbraucher ist es gleichermaßen wichtig, dass die in Europa gehaltenen Tiere gesund sind. Das EU-Tiergesundheitsrecht sieht in dem Zusammenhang Tiergesundheitsbesuche in den Tierhaltungen vor. Eine gute tierärztliche Bestandsbetreuung kann Krankheiten vorbeugen, den Medikamenten- und Antibiotikaeinsatz geringhalten und einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Tierseuchen leisten. Tierschutz und Tiergesundheit sind unteilbar. Deshalb sind EU-einheitliche Mindeststandards sinnvoll.	Die Immunokastration (Impfung gegen Ebergeruch) ist eine aus tierschutzfachlicher Sicht gute Alternative zur chirurgischen Ferkelkastration. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass diese auch im Ökolandbau zugelassen wird.
Die Linke	Ja. Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche Tierhaltung.	Ja. Die Linke fordert schon lange eine gesetzliche Verankerung der integrierten tierärztlichen Bestandsbetreuung als den besten Weg für eine bessere Tiergesundheit, gesunde Lebensmittel und die Minimierung insbesondere, aber nicht nur, kritischer Tierarzneimittel.	Ja. Die Linke setzt sich aufgrund der bereits jetzt vorhandenen Alternativen für einen konsequenten Ausstieg aus der chirurgischen Ferkelkastration ein. Das gilt auch für alle nicht-kurativen Eingriffe, die ganz unterbleiben sollten. Die Prüfung und Zertifizierung serienmäßig hergestellter Haltungseinrichtungen für alle Tiere hat die Linke immer unterstützt. Haltungseinrichtungen müssen sich an angemessene Lebensbedingungen für die Tiere anpassen, nicht umgekehrt.

Freie Wähler	Tierwohl in der Landwirtschaft darf nicht durch Verdrängung der Tierhaltung ins außereuropäische Ausland verringert werden. Innerhalb der EU müssen dieselben Haltungsstandards gelten. Nationale Alleingänge müssen verhindert werden.	Die aktuellen Unklarheiten im Tiergesundheitsgesetz hinsichtlich der Zuständigkeiten und Häufigkeiten der Gesundheitsbesuche sollten EU-einheitlich geregelt werden. Wir unterstützen die Einführung von einheitlichen Mindeststandards. Die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Landwirt und Tierarzt können auf Basis dieser einheitlichen Regelungen einen Mehrwert für alle erzeugen, da die Vorbeugung von Krankheiten und die fortlaufende Bewertung von Tiergesundheits-, und Überwachungsdaten zielführender sind als die Behandlung und Bekämpfung von Krankheiten. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die einheitlichen Mindeststandards nicht zu unverhältnismäßigen Mehrkosten auf Seiten der Landwirte führen.	Forschung und Innovation zur Reduktion von Tierleid sollen stärker gefördert werden. Die gestiegene Aufmerksamkeit der Konsumenten für das Tierwohl bietet auch wirtschaftliche Chancen für Deutschland, wenn es gelingt, junge und innovative Unternehmen aus der Biotechnologie und Ernährungswirtschaft von unserem Standort zu überzeugen. Wir setzen uns sowohl in der konventionellen Landwirtschaft als auch im Ökolandbau für die Etablierung der Immunokastration bei Ebern ein. Diese steht nicht im Widerspruch zur biologischen Fleischerzeugung. Vielmehr schon sie Klima und Umwelt. Deshalb wenden wir uns gegen das EU-Verbot der Immunokastration im Ökolandbau. Wir setzen uns für die verstärkte Forschungs- und Wirtschaftsförderung im Bereich der artgerechten Tierhaltung ein.
SPD	Ja, Tierschutz muss für alle landwirtschaftlichen Tiere in allen EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Zudem müssen die bestehenden Richtlinien im Zusammenhang mit dem Tierschutz überarbeitet, erweitert und um weitere Tiergattungen, z. B. Kaninchen, ergänzt werden. Als Sozialdemokrat:innen setzen wir uns weiter dafür ein, dass strenge und verbindliche Haltungsvorgaben für alle landwirtschaftlichen Tiere auch dementsprechend umgesetzt werden. Bei einer Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorgaben müssen entsprechende Sanktionen folgen. Generell haben wir uns bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik dafür eingesetzt, dass der Tierschutz einen hohen Stellenwert einnimmt und ein Mehr an Tierschutz, über dem staatlichen Verpflichtungsniveau, mit einem echten Honorierungssystem einkommenswirksam für die Landwirt:innen wird.	Es sollte von dem nachgeordneten Rechtsakt gemäß Art. 25 des AHL Gebrauch gemacht werden, um eine uneinheitliche und unzureichende Umsetzung der Tiergesundheitsbesuche zu vermeiden.	Es kann zwei Handlungsstränge geben: die Impfung und eine tatsächliche Verwirklichung der Ebermast. Mehrjährige Projekte haben bewiesen, dass frühe Impfungen gegen Ebergeruch praxistauglich und zuverlässig tierschutzgerecht hohe Fleischqualität erzeugen. Im Bereich der Öko-Landwirtschaft wird von entscheidender Bedeutung die gesellschaftliche Akzeptanz sein. Denn ökologisch fokussierte Käufer:innen könnten in Impfungen gegen Ebergeruch einen unzulässigen Eingriff sehen.

	Verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen: Werden Sie auf die generelle Einführung einer EU-weiten Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht von Hunden und Katzen hinwirken, wie es in der Entschließung des EU-Parlaments zum illegalen Handel mit Heimtieren vom 12.02.2020 gefordert wird?	Langzeit-Tiertransporte: Stimmen Sie zu, dass Transportzeiten für Schlachttiere unabhängig vom Bestimmungsort auf 8 Stunden begrenzt, Lebendtierexporte für Zuchtzwecke durch moderne Zuchttechniken ersetzt, Transportrouten in Drittländer zertifiziert und dortige Tierhaltungen vorab geprüft werden sollten?
Bündnis90/ Die Grünen	60 Prozent der Hunde und Katzen werden über das Internet gekauft. Die mangelhafte Rückverfolgbarkeit in diesem Handel führt zu Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier. Wir Grüne setzen uns für eine generelle EU-weite Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht von Hunden und Katzen ein, um dieses Risiko zu mindern. Eine EU-weite Registrierung hilft darüber hinaus, illegalen Handel zu bekämpfen und missbräuchliche Haltung von Tieren aufzuspüren.	Tiere sind kein Transportgut! Wir setzen uns für deutlich kürzere Transporte ein und dafür, dass Fleisch statt lebender Tiere transportiert wird. Das Be- und Entladen sollte als Teil des Transports eingestuft werden, und eine Begrenzung der Transportzeit auf maximal 8 Stunden ohne Pause halten wir für angemessen. Über die EU-Grenzen hinaus müssen die Tiere genauso geschützt werden. Wir möchten daher durchsetzen, dass Drittstaaten dieselben Standards bei Tiertransporten erfüllen wie die EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus sollte auch die Haltung und Schlachtung der Tiere im Zielland unseren Tierschutzstandards entsprechen, wozu entsprechende Zertifizierungen oder Handelsabkommen erarbeitet und ausgehandelt werden müssen.
Bündnis Deutschland	Wir engagieren uns für verantwortungsvolle Haustierhaltung und den Kampf gegen Tierquälerei sowie illegalen Tierhandel auf europäischer Ebene. Die Etablierung einer Kennzeichnungspflicht ist daher im Konsens mit den Mitgliedsstaaten zu prüfen. Der illegale Handel mit Heimtieren muss konsequent unterbunden werden.	Ein vollständiger Verzicht auf Langzeit-Tiertransporte erscheint in der gegenwärtigen Situation aufgrund der enormen finanziellen Belastungen für Landwirte und Landwirtinnen kurzfristig nur schwer vermittelbar zu sein. Bündnis Deutschland tritt für eine umfassende Entbürokratisierung in der EU-Agrarpolitik ein, die finanziellen Ausgleich für die langfristige Etablierung moderner Zuchttechniken und zertifizierter Transportrouten schafft.
CDU/CSU	Der im Dezember 2023 vorgelegte Vorschlag der EU-Kommission zum Schutz von Heimtieren sieht vor, dass Hunde und Katzen mit einem Mikrochip versehen und registriert werden müssen, bevor sie in der EU verkauft werden. Dies ist eine von mehreren Maßnahmen gegen den illegalen Heimtierhandel. Wir begrüßen den Vorschlag der EU-Kommission, der im Wesentlichen auf die Initiative von Abgeordneten der CDU und CSU im Europaparlament zurückgeht. Wir werden prüfen, wie die einzelnen Maßnahmen, auch die Registrierungspflicht, umgesetzt werden können.	Unser Ziel ist, dass möglichst wenig und kurze Tiertransporte stattfinden. Wir arbeiten darauf hin, dass vor allem Fleisch statt lebender Tiere und Zuchtmaterial statt Zuchtvieh transportiert wird. Gleichzeitig brauchen wir wirkungsvollere Verbesserungen beim Transport von Tieren. Das gilt in besonderer Weise für lange Fahrten in Nicht-EU-Länder, die vor allem Zuchtrinder betreffen. Sie müssen effektiv vor überlangen Transportzeiten, Kälte- und Hitzestress, Verletzungen und Leiden geschützt sein. Wir begrüßen, dass die EU-Kommission dazu nun einen Vorschlag vorgelegt hat, der sowohl bessere Transportbedingungen als auch effektivere, z.T. digitale Kontrollen und Fahrzeugortungen selbst in Drittstaaten vorsieht. Wir werden im parlamentarischen Verfahren intensiv prüfen, ob und wie wirksam und praxistauglich die Maßnahmen sind.

Die Linke	Ja. Die Linke unterstützt eine Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen, um illegalen Handel sowie Tierwohlgefährdung einzudämmen. Dazu gehört aber auch die Registrierung in einer .	Die Linke fordert schon lange eine Begrenzung der Transportzeit bei Lebendtieren auf maximal 4 Stunden plus Be- und Entladungszeit und ein Verbot des Transports in Drittstaaten. Lebendtiertransporte sind immer mit enormem Stress verbunden und müssen minimiert werden. Die Linke will eine haltungsnahe Schlachtung, inklusive mobiler Schlachtmöglichkeiten und Weideschuss. Solche regionalen Strukturen müssen gefördert werden. Statt Lebendtiere sollte Erbmateriale transportiert werden. Lebendtiertransporte in Drittstaaten wollen wir verbieten.
Freie Wähler	Wir unterstützen die verpflichtende Kennzeichnung von Hunden und Katzen. Als -Bayerische Landtagsfraktion fordern wir diese Maßnahmen seit Jahren von der EU-Kommission ein. Damit besonders dem illegalen Welpenhandel ein Riegel vorgeschoben werden kann, müssen die Tierschutzvorgaben dringend angepasst werden.	Tiertransporte gilt es, so gut wie möglich zu verkürzen. Dies soll besser nachverfolgt und kontrolliert werden. Deswegen lehnen wir kontraproduktive Subventionen von Tiertransporten ab. Wir wollen keine Lebendtiertransporte von Schlachtvieh, die europäische Außengrenzen überschreiten. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau regionaler Schlachtstätten und eine Überarbeitung der EU-Standards für diese Schlachthöfe ein, um möglichst kurze Tiertransporte zu gewährleisten. Auch die Weideschlachtung muss vereinfacht möglich werden.
SPD	Ja. Die Europa-SPD unterstützt eine EU-weite Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen.	Ja. Auf Europas Straßen sind jährlich über eine Milliarde Tiere unterwegs. Mindestens sechs Millionen von ihnen werden auf Strecken transportiert, die über acht Stunden in Anspruch nehmen. Dabei werden die gesetzlichen Mindestvorgaben nur selten in einem ausreichenden Maße erfüllt, was wir Sozialdemokrat:innen anprangern. Am Ende der Rechnung ist der Transport von lebendigen Tieren oft billiger als der Transport des Fleisches. Das kann nicht sein. Wir fordern deshalb, dass Langstreckentransporte für erwachsene Tiere auf maximal acht Stunden, für nicht-entwöhnte Tiere auf vier Stunden, begrenzt werden müssen. Zudem fordern wir, dass dies auf EU-Ebene verpflichtend eingeführt wird. Wir unterstützen den Ansatz, Fleisch und Zuchtmaterial, statt lebende Tiere zu transportieren. Eine Zertifizierung der Transportrouten in Drittstaaten und eine Vorab-Überprüfung der dortigen Tierhaltungsbedingungen ist für uns das absolute Minimum, um Exporte in Drittstaaten zu erlauben.